



Dringliches Postulat

Betreffend: **Prüfung Direktaufnahme Geflüchteter aus Moria, Forderung nach einer nationalen Konferenz und das Stoppen von Rückweisungen der Dublinfälle nach Griechenland**

eingereicht von: Gabriela Bannwart namens der SP-Fraktion

am: 14. September 2020

Dringlichkeit: Es wird Dringlichkeit verlangt

Forderungen:

Der Gemeinderat wird gebeten:

1. zu prüfen, ob bzw. in welchem Umfang die Stadt Burgdorf Geflüchtete aus Moria auf der Insel Lesbos in Griechenland direkt aufnehmen könnte.
2. den Bund aufzufordern, umgehend eine nationale Konferenz zur Direktaufnahme Geflüchteter einzuberufen.
3. den Bund aufzufordern, umgehend die Rückweisungen der Dublinfälle nach Griechenland zu stoppen.

Ausgangslage:

Das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos in Griechenland wurde durch Brände vollständig zerstört. Schon vor den Bränden war die Situation in Moria höchst prekär: So lebten dort nach Angaben des griechischen Migrationsministeriums rund 12'500 Schutzsuchende – bei einer Kapazität von gerade mal 2'800 Plätzen. Diese etwa 12'500 Schutzsuchenden, darunter mehr als 700 unbegleitete Minderjährige, harren nach den Bränden mit ihrem letzten Hab und Gut auf der Strasse aus. Geflüchtet vor dem Krieg, gestrandet im Lager, vom Feuer erneut vertrieben.

Die aktuelle Lage rund um das Flüchtlingscamp verdeutlicht die massive Not, die in den Konfliktregionen entlang den Fluchtwegen und an den Grenzen Europas herrscht. Die Bevölkerungen und die politischen Verantwortlichen vieler Schweizer Städte sind seit Jahren der Überzeugung, dass diese humanitäre Not ein zusätzliches Engagement unseres Landes zur Aufnahme geflüchteter Menschen nötig machen. Die Schweiz kann und soll mehr tun. Auch wenn die Schweizer Asylpolitik grundsätzlich in der Kompetenz des Bundes liegt, sind viele Städte und Gemeinden unabdingbare Partner– so etwa bei der eigentlichen Integrationsarbeit. So haben sich bereits im Juni 2020 die acht grössten Schweizer Städte bereit erklärt, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Nach den Ereignissen in Moria hat der Gemeinderat der Stadt Bern verkündet, zwanzig geflüchtete



Menschen aufnehmen zu wollen – die Städte Zürich, Lausanne und Basel bestätigten entsprechende Pläne. Die Stadt Burgdorf soll prüfen, ob und in welchem Umfang sie Geflüchtete aus Moria direkt aufnehmen kann und so ihren Beitrag leisten kann.

Nach den Ereignissen in Moria haben die vorgängig genannten Schweizer Städte den Bund aufgefordert, ihre Angebote endlich zu nutzen und umgehend eine nationale Konferenz einzuberufen und die Direktaufnahme der geflüchteten Menschen konkret zu ermöglichen und umzusetzen. Der Gemeinderat der Stadt Burgdorf wird gebeten, sich der Forderung nach einer nationalen Konferenz anzuschliessen.

Die Schweiz stellt heute die Aufnahme von 20 Minderjährigen in Aussicht. Diese Massnahme ist jedoch völlig unzureichend angesichts der vielen Menschen, die nach dem Brand ihre Unterkunft verloren haben. Nach Monaten und Jahren in den überfüllten Camps brauchen diese Menschen endlich wieder ein Leben in Würde. Erst recht die Kinder. Die Schweiz muss unverzüglich reagieren und ein grösseres Flüchtlingskontingent aufnehmen. Sie soll Griechenland jetzt dabei unterstützen, die fast 12'500 Schutzsuchenden menschen-würdig unterzubringen.

Offensichtlich weigern sich die Behörden Griechenlands, die Geflüchteten würdig aufzunehmen, die Asylanträge gerecht zu prüfen und anschliessend den Schutzbedürftigen ein sicheres Leben zu ermöglichen. Obwohl diese Umstände der Schweiz bekannt sind, werden noch immer Nichteintretensfälle aufgrund von Dublin entschieden und durchgesetzt bei Schutzsuchenden, die in Griechenland registriert wurden (Art.31a Abs. 1 Bst. C, AsylG). Der Gemeinderat der Stadt Burgdorf wird gebeten, den Bund aufzufordern, diese Rückführungen nach Griechenland sofort zu stoppen, so, wie es das Gesetz vorsieht, siehe Art.29a¹ Abs.3, AsylV 1.

Dringlichkeit:

Die Grundversorgung der Schutzsuchenden ist nicht gewährleistet. So leben und schlafen sie im Freien, sanitäre Anlagen sind nicht vorhanden, Nahrung ist Mangelware, die Sicherheit der Menschen ist nicht gewährleistet. Es muss sofort evakuiert werden.

Burgdorf, 14.09.2020
Gabriela Bannwart für die SP-Fraktion
(elektronische Einreichung, ohne Unterschrift)